

Thüringer Richterbund energisch gegen neues Richtergesetz

Pröbstel: Keine echte Mitbestimmung möglich




Erfurt. Thüringens Richterbund stemmt sich weiter gegen den von Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) vorgelegten Entwurf eines neuen [Richter- und Staatsanwaltsgesetzes](#). „Entgegen dem Koalitionsvertrag stärkt die Landesregierung damit gerade nicht die Justiz als von ihr unabhängige dritte Staatsgewalt. Vielmehr räumt sie den Richtern nicht einmal eine echte Mitbestimmung wie den Beamten

ein“, sagte Verbandschef Holger Pröbstel (im Bild) der [Thüringischen Landeszeitung](#). Selbst das Letztentscheidungsrecht habe Lauinger – trotz gegenteiliger Äußerung – nur scheinbar abgeschafft. Komme es nicht zu einer Einigung mit dem richterlichen Präsidialrat über einen Beförderungsanwärter, könne der Minister erneut einen Bewerber vorschlagen oder die Stelle neu ausschreiben.

Thüringens Richter und Staatsanwälte sind entschlossen, für Änderungen am Gesetz zu kämpfen. In einer [Stellungnahme](#) haben sie ihren Standpunkt bereits deutlich gemacht. „Das ist keine Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Zukunft“, sagte Pröbstel. Mit dem Entwurf stellten sich Minister und Landesregierung gegen die Interessen und den Willen der gesamten organisierten Richtervertretungen. Alle Forderungen einer deutlichen Verbesserung, die im Gesetzgebungsverfahren in einer gemeinsamen Stellungnahme aufgestellt wurden, seien ignoriert worden. „Internationaler Standard ist die Einführung eines Justizverwaltungsrates“, sagt Richterbundsvize Udo Tietjen. Den gebe es in Frankreich und Italien.

Lauinger hält dagegen, Thüringen sei mit dem neuen Gesetz auf einem guten Weg, das bislang rückständige Verfahren, bei dem der Minister das letzte Wort


hat, aus der Welt zu schaffen. Allerdings gehe es nicht so weit, dass das sogenannte Letztentscheidungsrecht bei Personalangelegenheiten nun auf die Richter übergehe. 

Berlins Staatsanwälte klagen immer weniger an Große Strafkammern jenseits der Kapazitätsgrenze



Berlin. In Berlin ist der Anteil der angeklagten Fälle seit 2006 um nahezu ein Drittel gesunken. Zugleich wurden von Jahr zu Jahr immer mehr Ermittlungsverfahren eingestellt.

[Wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg berichtet](#), wurde im vergangenen Jahr in nur 21 Prozent der Ermittlungsverfahren Anklage erhoben. Zehn Jahre zuvor waren es noch fast

30 Prozent. Zudem befinden sich 19 von 40 Großen Strafkammern des Landgerichts jenseits der Kapazitätsgrenze. „Wir werden hier verheizt“, [sagte ein Richter anonym dem rbb](#). Dem Sender zufolge herrscht Personalmangel bei Staatsanwaltschaft und den Großen Strafkammern des Landgerichts. Fünf neue Strafkammern werden in diesem und nächstem Jahr zwar eingerichtet, das geschehe aber zu langsam, kritisieren Richter. Außerdem fehlen im Moabiter Gerichtsgebäude Hochsicherheitssäle, in denen verhandelt werden kann. „Ich habe den Eindruck, dass wir ein bisschen kaputt gespart worden sind“, so eine Vorsitzende Richterin am Landgericht zum rbb. 

Justizminister Wolf streicht Bagatellgrenze bei Ladendiebstählen Grewe fordert mehr Richter und Staatsanwälte für Baden-Württemberg

SWR > SWR Aktuell > Baden-Württemberg

Gespräch im Studio


Mehr Richter sind nötig



3:05 min | 20.3. | 19:30 Uhr | SWR Fernsehen BW

Video herunterladen (7,28 MB | mp4)

Stuttgart. Justizminister Guido Wolf (CDU) will Ladendiebstähle in Baden-Württemberg künftig entschiedener verfolgen. „Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass sich der Rechtsstaat bei der Strafverfolgung von Ladendiebstählen aus ökonomischen Gründen zurückzieht“, [sagte Wolf in Stuttgart](#). Bisher wurden Ladendiebstähle mit einem Schaden von unter 25 Euro nicht verfolgt. Diese

sogenannte Bagatellgrenze soll nun aufgehoben werden und die Anklagebehörden in jedem Einzelfall über die Konsequenzen entscheiden. Der [Vorsitzende des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg, Matthias Grewe](#) (im Bild), begrüßt die Entscheidung des Justizministers indirekt. Allerdings sagte er, es brauche deutlich mehr Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg. 


Insgesamt 22 neue Richter und Staatsanwälte für Hamburg

Tully: Gut, dass die Politik die Personalentwicklung im Blick hat



Hamburg. Der [rot-grüne Senat in Hamburg hat am Dienstag beschlossen](#), Gerichte und Staatsanwaltschaft zusätzlich um knapp 40 Stellen zu stärken. Dem Haushaltsplan zufolge gibt es davon neue Stellen für 5 Staatsanwälte und 17 Richter: „Mit insgesamt rund 170 Stellen seit 2015 erleben wir den größten Personalzuwachs seit 20 Jahren“, [sagte Justizsenator Till Steffen \(Grüne\)](#). Mit den Stellen werden den Angaben zufolge eine neue Abteilung bei der Generalstaatsanwaltschaft, vier weitere Große Strafkammern am Landgericht sowie ein Großer Strafsenat am Oberlandesgericht eingerichtet. Auch der Justizvollzug erhalte zehn neue Stellen, sagte Steffen (im Bild).

Der Vorsitzende des Hamburgischen Richtervereins Marc Tully begrüßte, dass die Politik die Personalentwicklung im Blick habe.

[Die Opposition reagierte zurückhaltend.](#) „Die neuen Stellen sind zu begrüßen. Aber der Senat handelt nur, wenn es gar nicht mehr anders geht“, sagte der CDU-Justizpolitiker Richard Seelmaecker. Die FDP-Bürgerschafts-Fraktionschefin Anna von Treuenfels-Frowein vermisst eine langfristige Personalstrategie. Die [Hamburger Grünen sprachen](#) von einer Stellenoffensive. 

Verbrecherjagd mit Fake-Kinderpornos – Bayern startet Initiative

Auch Baden-Württemberg denkt über mehr Befugnisse für Ermittler nach



München/Stuttgart. In den Bundesländern wird über die Verbrecherjagd mit Fake-Kinderpornos nachgedacht. „Gerade im Bereich Kinderpornografie stoßen unsere verdeckten Ermittler nach geltendem Recht häufig an Grenzen“, [sagte Bayerns Justizminister Winfried Bausback \(CSU\) der Presseagentur dpa](#). Um in den Internet-Tauschbörsen im Darknet nicht als verdeckter

Ermittler aufzufallen, müssten sie selbst kinderpornografisches Material hochladen. „Da ihnen dies nach geltendem Recht nicht möglich ist, können die Täter verdeckte Ermittler schnell enttarnen“, so Bausback (im Bild). Durch den Einsatz von eigens zu Zwecken der Ermittlung hergestellten Fake-Bildern und -Videos mit kinderpornografischen Inhalten könne die Tarnung der Beamten aufrecht erhalten und Tätern besser das Handwerk gelegt werden.

Auch Baden-Württembergs Justizministerium zieht eine solche Ermittlungsmethode in Betracht. Eine Arbeitsgruppe prüfe derzeit die rechtlichen Fragen solcher Ermittlungsmethoden, [sagte ein Sprecher des Ministeriums](#). Man diskutiere, ob es verdeckten Ermittlern erlaubt werde, minder schwere Straftaten zu begehen, sofern sie von Tätern dazu aufgefordert würden.



Redaktion: Matthias Schröter/Claudia Keller
Bild 1: Thüringer Allgemeine/Alexander Volkmann
Bild 2: rcfotostock – fotolia.com
Bild 3: Screenshot DRB
Bild 4: Hamburger Justizbehörde/Stefan Malzkorn
Bild 5: Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Deutscher Richterbund e.V.
Haus des Rechts
Kronenstraße 73
10117 Berlin

Tel. 030-20 61 25-0
Fax 030-20 61 25-25
info@drb.de
www.drb.de

© Deutscher Richterbund